

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

Alt-Bundespräsident Joachim Gauck verleiteten die in den letzten Wochen exorbitant gestiegenen Energiepreise zu dem lakonischen und von manchen Betroffenen auch als zynisch empfundenen Hinweis, daß man „für den Frieden“ doch auch ruhig einmal frieren könne. Wie auch manche andere (aktuelle und frühere) Vertreter der Politik legt Gauck damit zugleich eine gewisse Weltfremdheit an den Tag. Denn zu langes Frieren kann bekanntermaßen der Gesundheit schaden und auch der von Gauck – und vielen anderen Politikern und Beobachtern – behauptete ausschließliche Zusammenhang zwischen den Energiepreisteigerungen und dem Beginn des Ukrainekrieges ist tatsächlich nicht gegeben.

Natürlich schossen die Preise für Rohöl und Erdgas am ersten Tag des Ukrainekrieges nach oben. Doch sie erreichten auch dabei nicht das Niveau, das sie in den ersten Februartagen dieses Jahres schon einmal erreicht hatten. Bald darauf gingen die Preisnotierungen auch wieder deutlich nach unten. Anfang bis Mitte März lag der Gaspreis etwa auf dem Niveau, das er zum Jahreswechsel 2018/2019 aufwies und auch der Rohölpreis lag zu diesem Zeitpunkt deutlich unter den bisherigen Höchstständen der Jahre 2007 und 2008, als ein Barrel Rohöl der Marke Brent für zeitweise mehr als 150 US-Dollar gehandelt wurde. Für europäische Gas- und Ölkunden ist in diesem Zusammenhang aber auch das Kursverhältnis Dollar/Euro wichtig: Hier ist anzumerken, daß der Wert des Euro gegenüber dem Dollar zu Beginn des Ukrainekrieges deutlich gesunken war und sich inzwischen wieder auf einem etwas höheren Niveau stabilisieren konnte.

Doch diese ganzen Entwicklungen können die innerhalb eines Jahres erfolgten Preissteigerungen nicht ansatzweise erklären. Zusätzlich preissteigernd machte und macht sich zum Beispiel die inzwischen von praktisch der gesamten westlichen Welt verfolgte „Klimaschutz“-Politik bemerkbar. Dabei wirkt in Deutschland nicht nur die direkt auf den Verkauf der beiden Energieträger Öl und Gas erhobene CO₂-Abgabe preissteigernd, sondern auch der parallel dazu betriebene CO₂-Zertifikatehandel. Letzterer verteuert insbesondere die aus der Kohleverstromung bezogene Energie. Doch weil im vergangenen Sommer „Sonne und Wind“ nicht so wollten, wie sich dies die grünen Energieplaner vorgestellt hatten, mußten zur Deckung der Stromnachfrage die Gaskraftwerke deutlich mehr als geplant eingesetzt werden. Nicht zuletzt dadurch konnten die Gasspeicher nicht im gewünschten – und zu erwartenden – Maße gefüllt werden. Als man dies realisierte und wieder verstärkt zur Kohleverstromung übergang war der Herbst angebrochen. Das u.a. aus Russland fließende Gas wurde dann schon wieder primär zu Heizzwecken benötigt und zum „Speicherfüllen“ war es gewissermaßen zu spät.

Die Energiepreise stiegen und die Finanzminister (erst Scholz, dann Lindner) dürften eine vordergründige Freude erfahren haben. Denn mit jedem Cent, den Benzin, Diesel, Heizöl und Gas für die Endverbraucher teurer werden, steigt auch das Umsatzsteueraufkommen, das zur Hälfte dem Bund und zur anderen Hälfte den Ländern zusteht. Preistreibend bei Heizöl und Diesel (den sogenannten Gasöl-Produkten) machte sich darüber hinaus seit Monaten eine von einigen mittelständischen Marktteilnehmern als „seltsam“ empfundene Verkaufspolitik zweier großer „Olmultis“ (deren Firmensymbole an eine Muschel bzw. eine Sonne erinnern) bemerkbar: Entgegen zum Teil jahrzehntelanger Usancen sollen diese kaum noch Termingeschäften zugestimmt haben, mit denen bisher eine gewisse Preiscontinuität gewährleistet werden konnte. In der Folge, so diese kritischen Mittelständler, kam es zu starken Preisschwankungen, meistens nur nach oben.

Inzwischen haben die Energiepreise in Deutschland ein Niveau erreicht, das nicht nur etlichen privaten Endverbrauchern zu schaffen macht, sondern mehr und mehr auch der Wirtschaft. Die ersten kleineren Stahlwerke und Spezialstahlproduzenten haben z.B. bereits ihre Tätigkeit eingestellt, weitere Betriebe der verschiedensten Branchen dürften folgen. Ihnen wäre im Übrigen auch nicht mit einer (immer wieder geforderten) Senkung des Umsatzsteuersatzes auf z.B. Ölprodukte, Strom und Gas geholfen, weil die darauf entrichtete Umsatzsteuer ohnehin im Rahmen des sogenannten „Vorsteuerabzugs“ vollständig verrechnet werden kann. Wenn einzelne Politiker dennoch eine Mehrwertsteuerensenkung als Mittel zur Wirtschaftsstärkung anführen, belegt dies nur deren völlige Ahnungslosigkeit im Steuerbereich, um nicht noch Schlimmeres (vorsätzliche Falschinformation) zu befürchten. (tb)

2 **Australien wird zunehmend bargeldlos**

In Australien bauten die dortigen Banken seit dem Jahr 2019 rund 3800 Geldautomaten ab, was mehr als einem Drittel der dort bisher verfügbaren Geräte entspricht. Darüber hinaus schlossen die vier größten australischen Banken im selben Zeitraum mehr als 450 Filialen. Insbesondere in den ländlichen Regionen und den Vororten größerer Städte ist dadurch die Bargeldversorgung bereits stark eingeschränkt. Viele Australier haben den Bargeldgebrauch bereits stark zurückgefahren und bevorzugen virtuelle Bankgeschäfte. Sollte dieser Trend anhalten, könnte das Land bereits bis zum Jahr 2031 weitgehend „bargeldlos“ sein.

Es ist eine Entwicklung, die – wie in vielen anderen Ländern auch – durch „Corona“ beschleunigt und die von den zuständigen Behörden im Regelfall mit großer Sympathie beobachtet und begleitet wurde und wird. Die Überwachung des Zahlungsverkehrs und die anschließende Besteuerung werden damit schließlich deutlich erleichtert, was im Übrigen auch für den Rest der Welt gilt. Es bleibt deshalb auch für Europa mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen! (tb)

3 Saudis und VAE lassen Biden abblitzen – nun rückt Venezuela in den Fokus

Als Gegenreaktion auf die von den meisten westlichen Staaten gegen Russland verhängten Sanktionen führt man im Kreml eine Liste unfreundlicher Staaten, wo zum Teil auch deren höchste Repräsentanten wie etwa US-Präsident Joe Biden mit Einreisesperren belegt werden. Nicht auf dieser neuen russischen Liste stehen Länder wie China, Indien, Brasilien, Mexiko oder auch das NATO-Mitglied Türkei, die sich bisher keiner gegen Russland gerichteten Sanktionsmaßnahme angeschlossen haben. Auch das für die westliche Ölversorgung nach wie vor wichtige Saudi-Arabien sowie die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) werden von Moskau nicht als unfreundlich gesonnen eingestuft.

In diese neue Beziehungswelt passt die kürzliche Weigerung der Führungen der beiden vorgenannten Staaten, mit dem US-Präsidenten überhaupt nur zu telefonieren, als dieser eine arabische Unterstützung für Hilfspläne zugunsten der Ukraine und zur Stabilisierung der weltweiten Energiemärkte ausloten wollte. Die Saudis, so viel zur Erklärung, fühlen sich von den USA unter Biden schlecht behandelt. Sie vermissen Unterstützung im jemenitischen Bürgerkrieg, Hilfe für ihr eigenes ziviles Atomprogramm (während die Atompläne des Iran voranschreiten) sowie zivilrechtliche Hilfe für ihren Kronprinzen Mohammed, der in den USA u.a. wegen der Kashoggi-Ermordung im Jahr 2018 mehrere Zivilklagen am Hals hat. Recht bald nach der Gesprächsablehnung gegenüber Biden telefonierte sowohl die saudische als auch die VAE-Führung nacheinander mit Wladimir Putin und Wolodymyr Selenskyj, nachdem man sie um entsprechende Vermittlungsversuche gebeten hatte . . .

Weil man in Washington seit der Entscheidung, zukünftig auf russisches Öl und Gas zu verzichten, nach entsprechenden Ersatzlieferungen sucht und dabei offenbar nicht mehr auf den Mittleren Osten bauen kann, hat man den neuen Fokus jetzt wieder nach Südamerika, nach Venezuela, gerichtet. Ein Ende der seit Jahren gegen Caracas gerichteten Konfrontationspolitik ist längst eingeleitet. Erste Gespräche über Energiethemen wurden geführt und noch ist darüber strengstes Stillschweigen vereinbart. Die seinerzeit von Washington ausgesprochene Anerkennung des Oppositionsführers Juan Guaido als eigentlichen Präsidenten Venezuelas und die gegen den linkspopulistischen Präsidenten Nicolas Maduro gerichteten Anklagen wegen angeblichen Drogenhandels und der Geldwäsche werden nicht mehr verfolgt. Auch von dem im Jahr 2020 auf Maduro ausgesetzten Kopfgeld ist keine Rede mehr.

Tatsächlich hatte sich Venezuela (das über die weltweit größten bekannten Ölreserven verfügt) neben Kuba und Nicaragua zu einem der engsten russischen Verbündeten in Lateinamerika entwickelt. Kurz nach dem Ukraine-Angriff hatte Caracas sogar Putin noch den Rücken gestärkt. Nach einem danach geführten Telefonat zwischen Maduro und Biden kamen zwei US-Ölmanager plötzlich aus venezolanischer Haft frei, worüber sich US-Außenminister Antony Blinken sehr erfreut zeigte. Die Freilassung ist ganz klar eine Geste des „guten Willens“ seitens des Maduro-Regimes. Denn jetzt sieht man in Caracas die Chance gekommen für eine wieder deutliche Erhöhung der Ölproduktion. Diese war wegen anhaltenden Missmanagements, Korruption und nicht zuletzt wegen von den USA verhängten Sanktionen von annähernd 3 Millionen Barrel täglich auf weniger als 700 000 gesunken, was für eine starke Armutswelle mitverantwortlich war, die das Land in den letzten Jahren geplagt hatte. Nun möchte der staatliche Ölkonzern PDVSA schon Ende dieses Jahres wieder rund 2 Mio. Barrel täglich fördern.

Bitte gestatten Sie in diesem Zusammenhang noch ein kommentarloses Wort zur russischen Öl- und Gasförderung: Würden alle russischen Ölkunden sofort auf die Abnahme verzichten, könnte Moskau noch für etwa 25 Tage Öl fördern und einlagern. Wenn diese Läger gefüllt wären, müssten große Teile der russischen Ölförderanlagen abgeschaltet werden. Geologen gehen davon aus, daß dann eine spätere Wiederaufnahme der Förderung bei vielen Ölfeldern technisch kaum mehr möglich wäre. Ein Großteil der russischen Ölreserven (des vielleicht zukünftigen Wohlstands dieses Landes) wäre dann „unrettbar“ in der Erde verborgen. Ob man im Kreml wohl so weit denkt? (tb)

4 Innenministerium unter Antifa-Kontrolle

Das Bundesinnenministerium in Berlin hat nach der Amtsübergabe von Minister Horst Seehofer (CSU) auf die Nachfolgerin Nancy Faeser (SPD) sowohl personell als auch inhaltlich massive Veränderungen erlebt. Die 51jährige Innenministerin, Antifa-Sympathisantin und ehemalige Vorsitzende der SPD-Hessen hat mit alten Gefolgsleuten auch die zweite und dritte Reihe im Ministerium besetzt und die altgedienten Staatssekretäre und Abteilungsleiter hinausgeworfen.

Faesers Stab leitet mit dem Diplom-Politologen Bastian Fleig jetzt ein früherer Gewerkschafter und noch heute auftretender Rap-Künstler. Die frühere Landes-Ministerin Faeser nahm ihn gewissermaßen aus Hessen mit in das Bundes-Ministerium. Zur Staatssekretärin wurde die ehemalige Juso-Funktionärin Juliane Seifert gemacht, die zuvor im Bundesfamilienministerium ihre Gender-Politik umsetzte. Insgesamt wurden von der früheren Antifa-Sympathisantin Faeser zwei Staatssekretäre und 13 Abteilungsleiter durch meist fachfremde Parteigenossen und alte Wegbegleiter ersetzt. Somit dürfte dort kaum noch Fachkompetenz übriggeblieben sein, zumal insbesondere Spitzenbeamte mit Erfahrung aus dem Polizei- oder Justizdienst das Innenministerium verlassen mussten.

Die Folgen dieser personellen Veränderungen dürften sich nicht nur in einer Immigrationspolitik der offenen Grenzen, sondern auch in der Instrumentalisierung der Exekutivbehörden zur politischen Parteilinie zeigen. Die politische Verfolgung oppositioneller Parteien und Politiker könnte deshalb schon bald sehr unerwünschte Ausmaße annehmen.

Schon jetzt ist z.B. absehbar, dass eine bisher ungewohnt große Sympathie für die Schleppertätigkeiten im Mittelmeer und eine Abneigung gegen rechtsstaatliche Bestimmungen in Deutschland den Tenor im Innenministerium bestimmen werden. Statt Fachkompetenz dürfte Aktivismus auch auf administrativer Ebene nun die Arbeit des Innenministeriums bestimmen. Wie schwerwiegend die Folgen sein können, zeigt sich schon heute im Fall des ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen. Dieser wurde wegen seiner Weigerung, den Verfassungsschutz zum politischen Kampfinstrument der Regierung verkommen zu lassen, ausgewechselt. Sein Nachfolger beurteilt die „Regierungsarbeit“ offensichtlich „wünschgemäß“ etwas anders. Mit einem Ministerium des Inneren, in dem mehr denn je Parteizugehörigkeit und Aktivismus statt Fachkompetenz tonangebend sind, dürfte es um den Rechtsstaat schlecht bestellt sein. (eh)

5 Guterres forderte auf Münchener Sicherheitskonferenz Internetzensur

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UNO), António Guterres, forderte auf der noch vor dem Ukrainekrieg abgehaltenen Münchener Sicherheitskonferenz, daß Meinungsbeiträge im Internet nur noch in zensurierter Form erscheinen sollen. Unter dem Dach der UNO könnte dazu eine global gleichgeschaltete Meinungszensur organisiert werden. Diese „Wahrheitsinstitution“ könnte dann darüber urteilen, welche Meinungsbeiträge im Internet noch veröffentlicht werden dürfen und welche zu unterdrücken seien. In einem ersten Schritt, so Guterres sinngemäß, sollten sämtliche NATO-Mitglieder ihre verfassungsmäßigen Grundrechte und Gesetze entsprechend anpassen, um diese Meinungszensur umzusetzen. Zu wichtigen Themen soll es dann keine Diskussionen mehr geben, sondern ausschließlich gezielte Propaganda. Dann, so lautet Guterres offenkundige Wunschvorstellung, könnte man auch Beschlüsse zur „Klimapolitik“ praktisch diskussionsfrei und damit diktatorisch umsetzen . . .

Guterres' Forderung ist insofern dramatisch und geradezu schockierend, weil Demokratie nur mit einem weitgehend freien Meinungszugang möglich ist (was ausdrücklich auch für die obskuren Auffassungen gilt, sofern nur der verfassungsmäßige Boden nicht verlassen wird). Wer praktisch jede Diskussion unterdrücken möchte, hat dagegen in der Regel etwas zu verbergen. Und im Ergebnis höhlt dies die Demokratie aus, weil Medien und Internet nur noch einseitig indoktrinieren, statt vielseitig (und auch ruhig einmal widersprüchlich) zu informieren. (eh)

6 Durham-Untersuchung überführt Clinton der Kampagnenspionage

Es gibt einige Straftatbestände, die in den USA als „Hochverrat“ gelten. Darunter fällt auch, die Kampagne des politischen Wettbewerbers auszuspionieren und es drohen langjährige Haftstrafen. Eben dieser Spionage bezichtigte seinerzeit der spätere Präsident Donald Trump seine Gegenkandidatin Hillary Rodham Clinton. Clinton und mit ihr fast die gesamte westliche Presse bestritt dies vehement und behauptete sogar, Trump habe mit Hilfe Russlands Wahlkampf und Wahlen manipuliert. Wohl von Clinton dazu animiert, behaupteten hochrangige Funktionäre von FBI (Bundespolizei), CIA (Auslandsgeheimdienst) und aus dem Justizministerium – bis hoch zur jeweiligen Leitungsebene – eine von Trump geduldete Einmischung Russlands. Große Teile der Medien griffen dies bereitwillig auf und prägten den Schlachtruf eines angeblichen „Russiagate“.

Obwohl sich bereits frühzeitig zeigte, daß die gesamte Kampagne auf den Behauptungen eines von der Clinton Foundation bezahlten „freien CIA-Informanten“ basierte, der wegen früherer „Märchengeschichten“ bereits verurteilt war, wurde die Kampagne immer mehr aufgebaut. Reste davon leben noch immer in den Köpfen etlicher Medienkonsumenten weltweit.

Die sogenannte „Durham-Untersuchung“ hat nun etwas Licht in diese dunklen Machenschaften gebracht. Dabei erhärtete sich der Anfangsverdacht, daß tatsächlich Hillary Rodham Clinton bzw. ihr Wahlkampfteam die Kampagne Donald Trumps ausspionieren ließ. Und mehr noch: Sie ließen die gegen Trump gerichtete „Russiagate“-Kampagne offenbar auf Lügen aufbauen und aufbauschen, sie mißbrauchten ihre „Beziehungen“ zu den Spitzen in FBI und CIA dazu, Zeugen mundtot zu machen und sie ließen ein Impeachment-Verfahren (Amtsenthebungsverfahren) gegen den Präsidenten auf Grundlage dieser selbst produzierten Lügen vorbereiten. In den USA gilt dies erst recht als „Hochverrat“.

Jetzt darf mit Spannung erwartet werden, ob diese neuen Erkenntnisse rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen werden oder ob wieder ein weiterer, schier unglaublicher Skandal ungesühnt in den Geschichtsbüchern abgelegt und verschwiegen wird? (eh)

7 Das Ende der „goldenen“ Pässe

Die Vergabe „goldener“ EU-Pässe durch manche Schengenstaaten an ausländische Investoren (dabei wird eine zum Aufenthalt im gesamten Schengenraum berechtigende Staatsbürgerschaft verliehen, wenn eine Mindestsumme im Land „investiert“ wird) sorgt in Brüssel für immer größere Irritationen. Inzwischen steht eine an die EU-Kommission gerichtete Forderung im Raum, die Möglichkeit zur Vergabe „goldener“ EU-Pässe an zukünftig strengere Maßgaben zu knüpfen. So sollte z.B. die Herkunft der Investitionsmittel strenger als bisher kontrolliert werden und eine Passvergabe an russische Staatsbürger bis auf weiteres ausgeschlossen bleiben.

Aktuell verliehen mit Zypern, Malta und Bulgarien drei EU-Länder diese käuflichen Staatsbürgerschaften. Zypern erklärte bereits, keine neuen Anträge mehr entgegenzunehmen und auch Bulgarien signalisierte schon Ähnliches. Malta kündigte immerhin an, keine „goldenen“ Pässe mehr für Russen oder Weißrussen auszustellen.

Geht es nach dem Willen des Europäischen Parlaments, soll auch die weitaus verbreitetere Praxis der Visa-Ausstellung (bei der anstelle einer Staatsbürgerschaft „nur“ ein Aufenthaltsrecht verliehen wird) gegen entsprechende „Investitionen“ zu Ende gehen. Derzeit stellen 12 EU-Mitgliedsstaaten „goldene“ Visa aus, darunter die Niederlande, Spanien, Italien, Portugal und Griechenland. Nach seriösen Schätzungen sollen zwischen 2011 und 2019 mehr als 130 000 Menschen „goldene“ Pässe oder Visa erhalten haben, wofür im Gegenzug Investitionen für rund 21 Mrd. € erfolgt sein sollen. Die in jedem Fall erforderliche Mindestinvestitionssumme variierte dabei allerdings deutlich. Reichten in Bulgarien hierfür bereits rund 130 000 € aus, waren es in den Niederlanden 1,2 Millionen €. (tb)

8 Tipps zum Notvorrat

Die Entwicklungen der letzten Wochen zeigten wieder einmal in aller Deutlichkeit, daß auch heutzutage das Vorhalten eines kleinen Notvorrats sinnvoll erscheint und wir weisen unsere geschätzten Leserinnen und Leser seit Jahrzehnten immer wieder einmal auf diese einfach zu befolgende Notwendigkeit hin. Inzwischen können über das Internet unter „www.ernaehrungsvorsorge.de“ die dafür erforderlichen Informationen natürlich ebenfalls leicht bezogen werden. Gleichwohl halten wir nach wie vor Ausdrucke der wichtigsten Grundinformationen für Sie zum Abruf bereit. Gegen Einsendung von zwei 1,60 €-Briefmarken (als Kopierkostenzuschuß und für das Rückporto) an die Redaktion in D-78266 Büsingen senden wir Ihnen sehr gerne entsprechende Informationen des deutschen Landwirtschaftsministeriums und des schweizerischen Zivilschutzes in Fotokopie zu. (tb)

9 WHO: Ukraine soll Bio-Labore vernichten

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat der Ukraine offiziell zur Vernichtung hochgefährlicher Krankheitserreger geraten, die sich in Laboren des Landes befinden sollen. Es soll sich dabei um Forschungseinrichtungen handeln, in denen die mögliche Bedrohung untersucht wird, die von „absichtlich oder aus Versehen freigesetzten“, gefährlichen Krankheitserregern auf Menschen oder auch Tiere ausgehen können. Diese Labore wurden in der Vergangenheit von den USA, der Europäischen Union und der WHO unterstützt. Um welche möglichen Erreger es dabei gehen könne, das wurde bisher nicht verraten.

Die ukrainischen Labore standen in den letzten Wochen im Mittelpunkt eines tobenden Informationskrieges. Die russische Seite behauptete dabei immer wieder, dort würden unter Beteiligung der USA biologische Kampfstoffe entwickelt, was Washington und Kiew aber stets von sich wiesen. Sprecher der US-Regierung befürchteten im Gegenzug, Moskau könnte die behauptete Existenz von Biowaffen-Laboren als Vorwand für einen Einsatz biologischer oder chemischer Waffen mißbrauchen.

Die WHO spricht in ihrer Warnung nun ausdrücklich von hochgefährlichen Krankheitserregern, aber nicht von Biowaffen. Auch die hochrangige US-Diplomatin Victoria Nuland erklärte auf eine entsprechende Frage des US-Kongresses, daß es in der Ukraine „Bio-Forschungseinrichtungen“ gebe, die keinesfalls in russische Hände gelangen dürften. Nach den Erkenntnissen russischer und chinesischer Dienste sollen die USA in der Ukraine nicht weniger als 26 Bio-Labore betreiben. Was dort genau erforscht werden dürfte, darüber, das muß an dieser Stelle deutlich gesagt sein, scheiden sich die Geister. (tb)

10 Leichtmatrosen im (Finanz-)Sturm

Energie- und Nahrungsmittelkrise, Pandemie und Krieg – der Krisen wird es immer mehr und es fehlt scheinbar mehr denn je an einem wirksamen Krisenmanagement. Teilweise sind die Krisen selbstgemacht, wenn man z.B. an die Folgen der an den Grundfesten der deutschen Energieversorgung rüttelnden „Energie-wende“ denkt, teilweise basieren sie auf einer über Jahre verfehlten Geldpolitik (Inflation infolge der Geldmengenaufblähung), teilweise läßt sich über die Ursache nach wie vor nur spekulieren (Corona-Pandemie) und für so manche Krise (der von Russland angezettelte Ukrainekrieg) weisen die westlichen Politiker jede auch noch so geringe Mitschuld weit von sich.

Auch die Staaten Mitteleuropas segeln damit in einen veritablen Sturm hinein. Es sind, um im Sinnbild zu bleiben, filigrane Luxusdampfer mit geringem Tiefgang (der für Stabilität sorgen könnte) und einer extrem großen „Segelfläche“, die das Schiff für äußere Einflüsse empfindlich macht. Und auf den Kommandobrücken (nicht nur in den einzelnen EU-Ländern, sondern auch in manchen EU-Institutionen und z.B. der Europäischen Zentralbank) finden sich nicht nur gestandene Fahrensleute, sondern auch viel zu viele Leichtmatrosen. Sie sind es, die am Ruder hektisch hin- und herreißen oder sich nur noch apathisch daran festhalten, statt einem einmal als richtig eingeschätzten „Krisenkurs“ konzentriert zu folgen.

Dabei werden die wirklich großen Herausforderungen erst noch kommen, sieht man einmal von der aktuell deutlich gestiegenen Kriegsgefahr ab. Den zum großen Teil selbstgemachten (CO₂-Abgaben) Energiepreiserhöhungen dürften mit hoher Wahrscheinlichkeit noch deutlich steigende Lebensmittelpreise folgen. Seit dem russischen Ukraine-Einmarsch sind nämlich nicht die Energiepreise am meisten gestiegen, sondern die für Holz und Weizen. Die Ukraine war und ist schließlich Europas bzw. Russlands Kornkammer. (Deutschland, das sei zur Beruhigung gesagt, produziert nach wie vor mehr Lebensmittel als verbraucht werden. Unserem Land drohen damit derzeit „nur“ deutlich steigende Lebensmittelpreise.)

Gleichzeitig ist im Euroraum auch die sogenannte „Kerninflationsrate“ (also ohne die Preissteigerungen im Energie- und Lebensmittelbereich) auf knapp 3 % gestiegen. Die Europäische Zentralbank hätte deshalb längst mit der Inflationsbekämpfung beginnen müssen. Doch sie sorgt noch immer für Niedrigzinsen und Geldschwemme. Es ist, als ob die Feuerwehr einen Brand mit Brandbeschleuniger bekämpfen wollte. Gleichzeitig machen sich in großen Teilen der Wirtschaft immer mehr Umsatzauffälle bemerkbar, zum Teil wegen fehlenden Teilenschubs, zum Teil aber auch wegen einer hohen Stornoquote bei manchen Aufträgen.

Wir stehen daher am Fuße einer gravierenden Stagflation (stagnierende Wirtschaft bei gleichzeitiger Geldentwertung). Eine ähnlich brenzlige Situation gab es schon einmal vor fast 50 Jahren, nach der Ölkrise im Herbst 1973. Doch damals, daran erinnern jetzt immer mehr Ökonomen, war die Ausgangslage zur Krisenbewältigung deutlich besser als heute, wo die Finanzmärkte mit immer neu „gedrucktem“ Geld zugeschüttet sind und die großenteils überschuldeten Staaten kaum noch über einen echten finanzpolitischen Handlungsspielraum verfügen. Und zu alledem fehlt es noch an erfahrenen und belastbaren „Kapitänen“, sieht man einmal von den stets gegebenen Ausnahmen ab. (tb)

11 „Strom oder „Sprit“?

Die in den letzten Wochen stark gestiegenen Kraftstoffpreise lassen die Betriebskosten reiner Elektroautos zunehmend attraktiv erscheinen. Tatsächlich ergibt sich nach den gegenwärtigen Berechnungen auf Basis eines Kraftstoffpreises von 2,20 €/Liter (Benzin) bzw. 2,30 €/Liter (Diesel) ein Kostenvorteil von mehr als 55 %. Dies allerdings nur, wenn der Vergleichs-Elektrowagen (mit einem angenommenen Verbrauch von 20 kW/h pro 100 Kilometer) bei drei Viertel der Ladevorgänge zu Hause – und damit zu Haushaltsstrompreisen – geladen wird. Denn an den meisten öffentlichen Ladesäulen ist der Strom weitaus kostspieliger.

Es ist eine Rechnung, die kostenmäßig auf den ersten Blick für das Elektroauto spricht, die aber gleichwohl nur mit gewisser Vorsicht zur Kenntnis genommen werden sollte. Denn erstens kann nicht ausgeschlossen werden, daß nach den hohen Preissteigerungen für Öl- und Gasprodukte nicht auch noch die Strompreise deutlich anziehen könnten. Dies insbesondere im kommenden Herbst und Winter, wenn während sogenannter (und häufiger als oft propagiert anzutreffender) „Dunkelflauten“ (kein Wind und keine Sonne) gas- und kohlebetriebene Ersatzkraftwerke einspringen müssen. Und zusätzlich sollte berücksichtigt werden, daß es eines Tages auch zu einer die Mineralölsteuer ersetzenden Besteuerung des Fahrstroms wird kommen müssen. Auf Basis der gegenwärtigen Mineralölsteuersätze könnte dies für jede Kilowattstunde Fahrstrom zu einem Aufschlag von 30 bis 40 Cent führen. (tb)

12 Für Sie aufgelesen:

„Neurotiker bauen Luftschlösser, Psychopathen wohnen darin und Psychiater kassieren die Miete.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.